

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckschrift: Nachrichten Dresden.
Gemeinsamer Gemeinkundenzettel: 25 241.
Für Nachdruckpreise: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise,
in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Ausgabe, durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 0,50 M., vierstündiglich 19,50 M.
Die 1-polige 37 mm breite Seite 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter
Stellen- u. Wohnungsnummern, Idealige 21- u. 22-kärtige 25 M. Vorwagsätze kostet
Tafel. Auswärts. Ueberträge gegen Vorauszahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marktstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Vieisch & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") gestattig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Präsident und Reichskanzler zur Lage.

Der Friedensvertrag — eine Herausforderung der Demokratie.

(Eigner Drucksbericht der "Dresden. Nachrichten".) Paris, 29. August. Reichspräsident Oberl. gewährte dem Vertreter der "Chicago Tribune" eine neue Unterredung, worin er sagte: Nach unserem militärischen Zusammenbruch haben die Deutschen mit wenigen Ausnahmen in einer demokratischen Regierung die einzige Hoffnung für einen dauerhaften Frieden und für die Rettung Deutschlands erblickt. Das frühere Regierungssystem machte Baukrot. Man hoffte deshalb, daß die Demokratierung Deutschlands in Amerika bestätigt anzusehen würde. Der Westen ist hierauf der 14 Punkte Wils. geschlossen worden, aber der Friedensvertrag bedeutete eine große Enttäuschung für alle Klassen in Deutschland und eine Herausforderung der Demokratie. Die Reaktion, die nicht mehr gehofft hatte, ihre Hauptsorge zu erheben, konnte dies aber tun, nachdem der Friedensvertrag die junge deutsche Republik vor die größten Schwierigkeiten gestellt habe. Die Reaktion macht nunmehr die demokratische Regierung für alle diese Schwierigkeiten verantwortlich. Überhaupt ferner aus, daß die Demokratierung Deutschlands vollkommen sei. Das einzige deutsche Volk ist von dem Wunsche geleitet, Deutschland wieder aufzubauen. In Deutschland haben die Frauen die gleichen Rechte wie die Männer, alle Schichten haben die gleichen Rechte. Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung seien größere Fortschritte gemacht worden. Der Achtstundentag sei überall durchgeführt. Die Sorge für die jungen Männer und Kinder sei der Regierung am Herzen gelegen. Die Regierung kümmere sich nunmehr um die Kontrolle der Häuser, in denen die Arbeiter wohnen. Die Arbeiterschaft habe das Recht zur Organisation. Der größte politische Erfolg aber sei die Autorechterhaltung der Einigkeit Deutschlands. Die Einigkeit habe immer wieder erklärt, daß der Kampf gegen die Bürokratie und für das Recht der Selbstbestimmung gewesen sei. Bis jetzt sei davon nichts zu merken gewesen, denn Deutschland habe einen Friedensvertrag, der für jedermann eine schwere Bürde sei.

"Die Republik in Gefahr."

(Eigner Drucksbericht der "Dresden. Nachrichten".) Frankfurt a. M., 29. August. Während des Aufenthaltes des Reichskanzlers in Frankfurt batte der Vertreter der "Frankfurter Rundschau" Gelegenheit, Dr. Wirth zu sprechen. Dieser äußerte sich dabei über die Lage, die im Innern durch die immer weiter um sich greifende Stimmung zum Streik gekennzeichnet ist. Der Reichskanzler betrachtet die Lage als sehr ernst. Die Republik sei in Gefahr. Es sei die Aufgabe der Partei, die vor allem unseres Staates zu schützen, berufen sind, der verhebenden Demagogie mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten. Dies wird auch bald geschehen. Beschlüsse des Kabinetts stehen bevor. Die kürzliche Bevölkerung, die dem Reichskanzler hier auf dem Katholikentag zuteil geworden ist, nicht nur bei seiner Seite, sondern auch bei den bloßen Erwähnungen seines Namens in der geistlichen öffentlichen Versammlung lädt erkennen, daß Dr. Wirth die große Masse seiner Parteifreunde hinter sich hat.

Der Reichskanzler auf dem Katholikentag.

(Frankfurt, 29. August.) In der heutigen Versammlung des Katholikentages im Hippodrom ergriß auch der Reichskanzler das Wort zu einer Ansprache, worin er u. a. ausführte: Wir müssen es mit allen Mitteln verhindern, daß in Deutschland der politische Kampf statt mit gewöhnlichen Waffen mit Dolch und Revolver ausgefochten wird. Die Verfolgung will den Geist der Freiheit und des Rechts erneuern und dem Frieden dienen. Es gilt, unter Gott, die Arbeiter und Angestellten gegen den politischen Mord der letzten Tage aufzuhören, wenn wir nicht in ein neues Zeitalter reaktionärer Bewegung hineinkommen wollen. Der Reichskanzler schloß mit den Worten: Wir wollen arbeiten, so Gott will, nicht nur für Rettung Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Lassen Sie den Mut nicht sinken. Wer mutig und arbeitsam ist, dem wird auch der Erfolg nicht fehlen. (Brausender Beifall.) (M. T. B.)

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 29. August. Das Reichskabinett ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der Reichspräsident Oberl. den Vorsitz führt. Reichskanzler Dr. Wirth ist heute früh vom Katholikentag in Frankfurt zurückgekehrt, um an der Sitzung teilzunehmen. Von den Ministern befinden sich der Reichsminister des Innern Dr. Gräßner, der Arbeitsminister Dr. Brauns auf Ursprung, Reichspostminister Greifzu zur Beerdigung in Bieberach und Dr. Rathenau hat sich von Wiesbaden nach dem Engadin begeben. Dagegen ist der Reichsjustizminister Schiffer heute nacht zurückgekehrt und mit den übrigen Ministern in der Kabinetsbildung erschienen. Auf der Tagessitzung des Kabinettsrates steht die Besprechung der politischen Gesamtfrage. Im Hintergrund der Erörterungen werden die Ereignisse von Greifzu und Wiesbaden stehen. Der Bericht über die Verhandlungen, die der Biedermeierminister Dr. Rathenau mit Louchard in Wiesbaden geführt, wird heute noch nicht zur Besprechung kommen, obwohl der daraus resultierende Reichskommisar Dr. Guggenheimer bereits in Berlin eingetroffen ist. Man erwartet, daß die Beratungen des Kabinetts über die innerpolitischen Spannungen längere Zeit in Anspruch nehmen werden.

Auf der Suche nach den Allsenläfern.

(Eigner Drucksbericht der "Dresden. Nachrichten".) Karlsruhe, 29. August. In der badischen Erzberger waren bis gestern abend in Baden und Württemberg 20 vorläufige Reisen unternommen worden, ohne daß dieselben aufzuräumen werden konnten. Alle bisher versuchten Spuren haben sich als leer erwiesen. Ebenso haben die lokalen Angaben über die Größe und das Geschäft des im Harz festgestellten

Mordes sich als offenbar falsch herausgestellt. Die Behörde verfolgt seit gestern eine ganz neue Spur. Die Ermittlungen werden jedoch, wenn sie zum Ziele führen sollen, mehrere Tage dauern. Das Amtsgericht Überkirch hat gestern die weitere Verfolgung der Mordtat dem zuständigen Landgericht Offenburg abgegeben.

Offenburg, 29. August. Die Staatsanwaltschaft Offenburg hat das Vorverfahren wegen Mordes an dem Reichstagsabgeordneten Erzberger gegen unbekannt eröffnet. Die von Dr. Erzberger überreichten Drohbriefe, die ihm Mann seit Wochen erhalten hat, sind größtenteils mit der Schreibmaschine geschrieben, was gleichfalls die Verfolgung erleichtert. Der Inhalt der Drohbriefe läßt nicht ohne weiteres annehmen, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Die Feststellung muß erst den weiteren Ermittlungen des Landgerichts vorbehalten bleiben.

Basel, 29. August. Der "Basel. Anz." läßt sich aus Karlsruhe melden, daß die Oberstaatsanwaltschaft sich nicht einseitig auf die Frage eines politischen Mordes an Erzberger beziehen will. Sie hält ebenfalls die Möglichkeit eines vorlänglichen Geschehens entsprungenen Verbrechens für gegeben. Sie wird ihre Ermittlungen objektiv nach beiden Richtungen hin fortsetzen. Ein Vorwurf gegen die Resultate der Untersuchung liegt nicht im Interesse des Ansehens der Rechtspflege.

Klage der deutsch-nationalen Volksparthei gegen "Die Freiheit".

Berlin, 27. Aug. Die Parteilösung der deutsch-nationalen Volkspartei hat gegen die Schriftleitung der "Freiheit" ein Strafverfahren anhängig gemacht wegen der Behauptung, daß in der Zeitung der deutsch-nationalen Volkspartei die Ansicht des Mordes an Erzberger

Die Unprachen bei der Trauerfeier.

(Drucksbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 29. Aug. Bei der gebrüderlichen Trauerfeier für Erzberger in Oppenau sprach als Vertreter der Reichsregierung Minister Giesbertz zugleich im Namen des Reichskanzlers Wirth den Hinterbliebenen das Beileid der Reichsregierung aus. Man könne noch nicht wissen, sagte er, ob das Verbrechen nicht die Einleitung einer neuen politischen Unruhen in Deutschland sei. Die Reichsregierung werde nichts unverloren lassen um endlich den politischen Morden ein Ende zu machen. Giesbertz räumte die Bedeutung Erzbergers als Staatsmann. Erzberger habe es als seine Hauptaufgabe angesehen, Deutschland aus seinem Wissen um ein demokratisch-republikanisches System zu führen. Namens des deutschen Reichstagswidmete der frühere Reichskanzler Lehrenbach vor. Wirth als Gedenkens. Er schildert Erzberger als einen leidenschaftlichen politischen Kämpfer, der der Ansammlung, dem Haß und der Unwahrheit zum Opfer gefallen sei. Das Volk habe einen ehrlichen Patrioten verloren, wie es wenige besaß. Für die badische Zentrumspartei sprach Abgeordneter Scheber. Es folgte die Niedersetzung einer großen Anzahl von Kränzen durch die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und sonstigen Amtsträger. Unter den erschienenen Trauergästen befand sich auch der unabhängige Reichstagsabgeordnete Adolf Beck aus Offenburg.

Bon Berlin aus sind die abgesandten Polizeibeamten in Oppenau eingetroffen. Es sind insgesamt 30 an der Zahl, die mit Polizeihunden die Arbeit aufgenommen haben. Sie werden von bedeckten Sicherheitsbeamten unterstützt. Noch gefährdet wurde eine Streife durch die Waldungen und die weitere Umgebung veranlaßt. In dem etwa 1½ Stunden von Greifzu entfernten Ort Petersthal wurde ein Mann aufgefunden, der wichtige Verdächtigungen machen konnte, die auf eine neue Spur hindeuten. In Berlin meldeten sich gestern eine Reihe von Zeitungen, die Erzberger wegen privater Angelegenheiten mit verschiedenen Personen im Laufe der letzten Zeit hatte.

Rafflose Zahlung der Goldmilliarde.

(Eigner Drucksbericht der "Dresden. Nachrichten".) Genf, 29. August. Der "Matin" meldet, daß die deutsche Goldmilliarde am Sonnabend vollzählig und ordnungsgemäß an Händen der Reparationskommission gezahlt worden ist.

Paris, 29. August. Die "Chicago Tribune" meldet aus Neuilly: Deutschland habe alle Anstalten getroffen, am 31. August in der Lage zu sein, den Rest der einen Milliarde Goldmark an die Alliierten zu bezahlen. Die Bankiers Deutschlands in Neuilly versichern, daß jetzt nichts anderes zu tun übrig bleibe, als die hinterlegte Summe zu übermitteln. Es wird ferner erklärt, daß die Bezahlung der Milliarde die Kredite Deutschlands in den Vereinigten Staaten nicht erschöpft werde, die sich rasch erhöhen und größere Ausmaße annehmen, als man im allgemeinen glaubte. Die Bedeutung dieser stark offiziellen Mitteilung, sagt der Bericht, liege in der Tatsache, daß wahrscheinlich kein Sturz der auswärtigen Werte mehr erfolgen werde, wie er während der früheren Zahlungen stattfand.

Ein deutsch-italienisches Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 29. August. Gestern nachmittag 5 Uhr wurde im Auswärtigen Amt ein Wirtschaftsabkommen mit Italien unterzeichnet. Das Abkommen wird heute veröffentlicht werden.

Der fünfjährige Vertrag mit Amerika.

(Eigner Drucksbericht der "Dresden. Nachrichten".) Rotterdam, 29. August. Die "Times" meldet aus Neuilly: Im Sonntagsauskuk in Washington teilte Staatssekretär Colby mit, daß der Freundschafts- und Handelsvertrag mit Deutschland im Oktober dem Kongress zugehen würde. Die Vorbesprechungen seien bereits in Berlin aufgenommen und würden voraussichtlich bis nächsten Augenblick über die Größe und das Geschäft des im Harz festgestellten

Dr. Stresemann über den Wert mittelständischer Arbeit.

In der Rede, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann am Donnerstag auf dem Verbandstage des Verbandes der Handelschuh- und Nabatiparverteile Deutschlands hielt, führte er etwa folgendes aus:

Der Friede mit den Vereinigten Staaten von Amerika beendet auch den Kriegszug nach dem letzten Krieg, mit dem wir noch nicht in normalen Beziehungen waren. Damit wird formal der Friede der Welt hergestellt. Kann man aber nach dem Diktat des Friedens von Versailles wirklich von einem Weltfrieden sprechen? Politisch ist natürlich im Osten noch alles in Vorrang. An der Weltwirtschaft ist alles auf den Kopf gestellt. Die Einzelstaaten leiden unter den Wirkungen der Umkehrung der Währungsverhältnisse wirtschaftlich ebenso wie wir. Wir können im Ausland nicht zählen, ohne unsere Finanzen zu zerstören, und das Ausland kann gegen unsere Ausfuhr nicht anstrengen infolge seiner hohen Währung. Wenn englische Schriftsteller davon sprechen, daß Deutschland nach einem Jahre nicht mehr in der Lage sein werde, die Zahlungen aus dem letzten Ultimatum zu erfüllen, so steht dabei neben diesen finanziellen Beträgen wohl die wirtschaftliche Erwahnung, daß die weitere Entwicklung der Mark, die mit den deutschen Goldabzahlungen verbunden ist, außerstande ist auf den Weltmarkt der Staaten mit hoher Währung wirken zu können. Wer die Weltwirtschaft wieder in normale Bahnen lenken will, damit wir nicht in ein wirtschaftliches Chaos geraten, der muß zunächst die Unmöglichkeitkeiten des Verträller-Diktats beobachten und Deutschland zur Wiederaufbauung verhelfen. Denn nur ein wirtschaftlich und politisch geistiges Deutschland kann den Damm bilden gegen die Wahnunst des Nationalsozialismus, die von Asien herantritt. Jenes Ausland, das der Welt gerade in der Gegenwart das tragische Beispiel eines Staates gibt, der durch lebensfremde Theorie politischer Demagogen in den Abgrund gerissen wird.

Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland erscheinen vielleicht dem oberflächlichen Beobachter als Wohlstand, in Wirklichkeit ist dieser Wohlstand ein trügerischer. Es steht uns der erste Unterkund normaler wirtschaftlicher Verhältnisse. An die Stelle ordnungsmäßiger Kalkulation tritt bei schwankenden Deviationskurven naturgemäß Spekulation. Der neue Reichstag, der in Deutschland entstanden, beruht nicht auf der Lebensarbeit eines Geschlechtes, sondern vielmehr auf steuerpolitischer Ausnutzung von Konjunkturmöglichkeiten. Die Entwicklung unseres Geldes hat die besten Teile des Volkes, nämlich den geistigen Mittelstand, in seiner Lebensmöglichkeit bis zur bitteren Armut herabgedrückt. Geistige und wirtschaftliche Mittelstand stehen in inniger Wechselwirkung. Auf der geistigen Lebensarbeit der Bäuer, auf ihren durchwachsenen Räthen und erprobten Großbäuer, beruht die Wohlheit des Städtevolkes und des Söhne und Enkel auf. Tiefer schaut Übersee, die Erneuerung der Blutzufuhr im Volkskörper droht hundertfach zu scheitern, wo die Wohlheit der Einzelheit durch Staatswirtschaft, durch Verbraucher-Auslandsumlauf und Kapitalkonzentration immer mehr eingeschränkt wird. Wir müssen versöhnen, daß ein Deutschland entsteht, in dem es nur den konzentrierten Großbetrieb auf der einen Seite und abhängige Existenz auf der anderen Seite gibt. Auch die genialen Führer der deutschen Wirtschaft sollten sich vor einer Liebesspannung dieser Kontraste hüten, durch die auch in der Industrie der Verhältnisse gedanke gegenüber der früheren Selbständigkeit der Leiter der Unternehmungen immer mehr herabgedrückt wird.

Dr. Stresemann sprach dann von der Bedeutung des alten Gesetzes des Handwerker- und Mittelstandes für die Sicherung des Volkes; über die Überwindung gesellschaftlicher Vorurteile durch den Grundbau der Nation, jeder schaffenden Freiheit, oft unter Hinweis auf Ausführungen unserer Dichter und Denker, namentlich auf Goethes Wilhelm Meisters Wanderjahren, und führte dann zum Schlusse aus: Die Gegenwart ist bitter und trübe, aber wir sollen nicht in Reaktion versessen. Die Männer, die in Eisenach den Nationalverein für Deutschland begründeten, könnten auch nicht wissen, daß ihrem Schenken noch deutscher Einheit einstmaliges Erfolge beiderlei sein würde, und trotzdem hielten sie an ihrer Idee fest, die durch Bismarck so starke Gründung hand, daß siebzig der Niederrhein im Weltkrieg den Gedanken der Reichseinheit nicht zu erlösen vermochte. Seien wir uns aber auch darüber klar, daß wir den Wiederaufbau Deutschlands nur erleben werden, wenn wir die Gegenseite in unserem Volke zu überbrücken vermögen. Die Sicherung der deutschen Zukunft wird nicht das Werk einer einzelnen Partei sein, sondern nur zusammen, wenn alle handhabenden Parteien unter Auseinandersetzung dessen, was in künftigen ruhigen Zeiten auszuforschen werden soll, sich zumindest einmal die Hand reichen zur gemeinsamen Arbeit.

Dr. Stresemann schloß mit einem Hoch auf die ehrtliche deutsche Arbeit in Stadt und Land, in daß die Verkämmung einstimmig, die alsdann spontan in fröhliche Ausdrucksformen ausbrach und das Deutschlandlied sang. (wbd.)

Die Begrüßung der Völkerbundsratsmitglieder.

(Eigner Drucksbericht der "Dresden. Nachrichten".) Genf, 29. August. Aus Genf wird gemeldet: Sonnabend nachmittag 4 Uhr fand eine offizielle Begrüßung der Mitglieder des Völkerbundsrates beim Präsidenten Grafen Joffre statt. Graf Joffre hielt laut "Journal" eine kurze Ansprache, die auf eine längere Dauer der Tagung vorbereitet. Der polnische Gesandte in Paris ist in Genf eingetroffen, nahm aber nicht an der Begrüßung teil.

Nach einer Meldung des "Matin" aus Genf findet die Eröffnungsfeier des Völkerbundes über die Begrüßung der oberfranzösischen Delegation am 4. August statt. (W. T. B.)